

## Editorial

Wer sich als DDR-Bürger bei einem Besuch der „Hauptstadt der DDR“ dem Brandenburger Tor näherte und durch die Säulen gen Westen blickte, war mit seinen Gedanken schnell bei der „Goldelse“, am Bahnhof Zoo und am Ku’damm. Die Gedanken waren so frei, die Realität in der Mitte Berlins freilich nicht. Sie setzte allem, was mehr als ein Gedankenflug hätte werden können, unüberwindliche Grenzen. Erst am Abend des 9. November 1989 war Schluß damit, und eine massenhafte Grenzüberschreitung, wie sie selbst allergrößte Träumer kaum noch für möglich gehalten hatten, nahm ihren Lauf.

Allerdings waren Grenzüberschreitungen in der Vergangenheit fast nie so friedlicher Natur, wie jene, die am 9. November 1989 das Ende der deutschen Teilung einleitete. Im Gegenteil: Das belegen die anderen Grenzüberschreitungen, denen sich die Schwerpunkttexte dieser ZdF-Ausgabe zuwenden.

Einer besonders widerwärtigen Form der „Grenzüberschreitung“ ist Otto Wenzel auf der Spur. Als „Außerordentliche Maßnahmen“ verklausulierten Stalins Apparatschiks die Vernichtungsaktion, die sie Anfang der dreißiger Jahre in der Sowjetukraine anzettelten. Unter der Vorgabe der Kollektivierung wurden ganze Dörfer geplündert, die Bauern ausgeraubt, deportiert oder ermordet – und dieses Verbrechen ereignete sich vor den Augen des Auslands. Die deutsche Botschaft in Moskau und die Konsulate in Charkow und Kiew waren, wie Otto Wenzel nachweist, darüber informiert, was sich auf dem Lande abspielte. Dem „Holodomor“, dem Hungertod, fielen in der Ukraine allein im Jahr 1933 mindestens drei Millionen Menschen zum Opfer. Als in der Ukraine die Menschen in ihrer Verzweiflung das Fleisch von Verhungerten aßen, schwelgte der deutsche Botschafter Dirksen in Moskau noch naiv in Erwägungen über die Potentiale der Sowjetunion und ihrer Wirtschaft.

Die deutschen Soldaten, von denen sich Hunderttausende ein Jahrzehnt später in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern wiederfanden, waren zuvor an einer folgenreichen deutschen Grenzüberschreitung des Zweiten Weltkriegs beteiligt, die mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ihren Anfang nahm. Was für ein Rußlandbild hatten die deutschen Eroberer? Sergey Medvedev geht in seinem Beitrag dieser Frage nach. Positiv war es selten: Die Angst vor „dem Russen“ zieht sich durch die Jahrhunderte. Daran konnte Hitler mit seiner Propaganda vom „Untermenschen“ anknüpfen. Doch wie veränderten die Jahre des Rußlandfeldzuges und der Gefangenschaft dieses geistige Erbe? Soviel ist klar, die Antifa-Schulungen deutscher Kommunisten haben neben einigen Bekehrten vor allem autoritäre Opportunisten hervorgebracht.

Nachdem die Rote Armee die Grenzen des Deutschen Reiches 1945 überschritten hatte, errichteten Smersch- und NKWD-Einheiten in dem sowjetischen Besatzungsgebiet in dafür nicht vorgesehenen Gebäuden Gefängnisse. Etwa 200 000 Personen wurden darin unter menschenunwürdigen Bedingungen eingekerkert. Peter Erler kommentiert und veröffentlicht in dieser ZdF-Ausgabe erstmals die vom Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) freigegebene „Vorläufige Instruktion“ für die Untersuchungsgefängnisse

des NKWD vom August 1945 sowie zwei weitere Dokumente aus dem GARF-Bestand über Speziallager in Deutschland.

Nicht mit rechten Dingen ging es in der Nachkriegszeit auch bei der Berliner Polizei zu. Gegen das Verschwinden von Personen in „GPU-Kellern“ hatten die deutschen Ordnungsdienner ohnehin keine Handhabe. Doch um die Frage, wem die Berliner Polizei Rechenschaft über ihre Tätigkeit schuldig sein sollte, entbrannte bereits im Sommer 1945 ein heftiger Streit im Polizeiapparat und zwischen den politischen Parteien der noch nicht geteilten Stadt. Die Frage, was die politischen und polizeilichen Akteure nach der „Stunde Null“ zur Entscheidung für Demokratie oder Diktatur bewegte, beschäftigt auch das im Auftrag des Berliner Polizeipräsidenten durchgeführte Forschungsprojekt über die West-Berliner Polizei und den DDR-Staatssicherheitsdienst. Teilergebnisse dieser Untersuchung über die Zeit von 1945 bis 1948 finden sich in dieser Ausgabe.

Zu den dramatischen und ungewollten Grenzüberschreitungen von Millionen Flüchtlingen und Vertrieben aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa forscht Bärbel Gafert. Ihre Recherche konzentriert sich auf die „Sondertransporte“ von 1947 bis 1950, auf die Suche nach Zehntausenden verlorener und verwaister Kinder und ihre Rückführung ins geteilte Nachkriegsdeutschland. Grenzüberschreitend war auch die Suche nach Arbeitskräften für den Uranabbau im sächsischen Erzgebirge. Daran beteiligte sich die SMAD mit Versprechungen, Druck und Zwang – bis hin zur spektakulären Entführung von 60 schlesischen Bergleuten aus dem Eisenerzbergwerk „Bergfreiheit“ im Riesengebirge.

Was DDR-Flüchtlinge nach einer innerdeutschen Grenzüberschreitung in der Bundesrepublik erwartete, untersucht Michael Kubina in seinem Beitrag. Da die Bundesrepublik nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches, sondern als Staat mit ihm identisch war, wie es das Bundesverfassungsgericht 1973 betonte, waren die Flüchtlinge als deutsche Staatsangehörige in der Bundesrepublik rechtlich gleichgestellt. Wer aus dem gar nicht mehr realen alten Staatsgebiet dorthin floh, wo nicht nur die Gedanken frei waren, hat davon profitiert. Wie diesen Neubundesbürgern geholfen wurde, lohnte sich für sie und für Westdeutschland.

Wenn es um die Verfolgung und Beobachtung von Männern und Frauen ging, die dem DDR-Staatssicherheitsdienst verdächtig vorkamen, kannte die Hauptabteilung VIII des MfS keine Grenzen. Sie beobachtete, bespitzelte und fotografierte grenzüberschreitend in ganz Deutschland, wann immer es ihr in den realsozialistischen Sinn kam. Lange vor Google produzierten MfS-Beobachter ganz nebenbei ein geheimes Streetview-Archiv von deutschen Straßenzügen und Schrebergärten. Diese und andere Grenzüberschreitungen der verdeckten MfS-Ermittler beschreibt Angela Schmole in ihrem Artikel.

Selbstverständlich befaßten sich die Beobachter vom Dienst 1968 und danach auch mit den DDR-Bürgern, die den Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings im Ostseebezirk Rostock wagten. Katharina Lübke hat untersucht, was die Rostocker Staatssicherheitsdiener seinerzeit an „mündlicher und schriftlicher Hetze“ gegen die SED-Politik so alles registrieren mußte.

Mit einigen Fragwürdigkeiten, die den Beobachtern des Dienstes unterlaufen sind, der als Auswärtiges Amt in der NS-Zeit auch da mitwirkte, wo die Menschenwürde mit Füßen getreten wurde, setzt sich Peter März in seiner Kritik am amtlichen Amtsbuch auseinander. Die vom grünen Fischer ausgesuchten meinungsfreudigen Historiker fügen ihr Bild vom Amt in den ihnen passenden Rahmen ein. Da bekommt auch schon mal einer eins aufs Nüsslein, selbst wenn er nichts Schlimmes getan hat. Es dient ja einer

guten Sache. Joachim Trenkner befaßt sich kritisch mit dem jüngsten Werk von Christa Wolf zu, das vieles ins Positive verallgemeinert, was anderen in der DDR viel negativer in Erinnerung ist.

Was Schüler von einer gutgemeinten Sache halten, wenn sie die reale DDR ohne die Koordinaten eines Wertesystems beurteilen, hat Norbert Hanisch in Sachsen festgestellt. Die in dieser Ausgabe rezensierten Bücher könnten zumindest helfen, durch politischen Bildung bei jung und alt das historische Koordinatensystem zu festigen, generationelle Grenzen überschreitend sozusagen, was ja auch nicht ganz falsch sein kann.

Grenzüberschreitungen und politische Zäsuren kennzeichneten die kurze Siedlungsgeschichte der Deutschen in Bessarabien. Sie waren auf Einladung von Zar Alexander I. ab 1813 aus Süddeutschland und aus Preußen als Kolonisten ans Schwarze Meer ausgewandert. Ihre historische Präsenz in diesem Gebiet war weitgehend vergessen; heute wird sie dort mit wachsendem Interesse wahrgenommen. Jetzt überschreitet eine Wanderausstellung aus Berlin wieder Grenzen in Richtung Südosten nach Chişinău, Odessa, und, auf den Spuren von deutschen Auswanderern aus Bessarabien, in die USA.

*i. A. Thomas Gerlach, Ute Schmidt und Jochen Stadt*